

EDITORIAL

Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel trat ihr Regierungssamt mit dem Anspruch „Lasst uns mehr Freiheit wagen“ an. Die Überschrift des Referentenentwurfs zur Gesundheitsreform „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV“ liest sich insoweit noch schlüssig. Aber selbst dem geneigten Leser fällt es schwer, sich in das Konvolut staatsinterventionistischer Denkstrukturen einzulesen.

Auf der Finanzierungsseite der GKV werden die gesetzlichen Krankenkassen durch den Gesundheitsfonds entmündigt und auf der Einkaufsseite durch den Dachverband einheitlich und gemeinsam gegängelt. Welch bizarres staatsmonopolistisches Wettbewerbsverständnis hat hier die Feder geschwungen? Das Wesen des Wettbewerbs ist es gerade, dass seine Ergebnisse nicht vorhersehbar sind. Ansonsten bräuchte man ihn nicht! Wettbewerb produziert im Prozess schöpferischer Zerstörung neue und überlegene Lösungen. Zugleich ist Wettbewerb ein Instrument zur Entmachtung von Kartellen und Monopolen. Durch die Gleichschaltung in der GKV wird dies verhindert. Fast scheint es so, als gäbe es geradezu eine manische Angst der Sozialpolitiker vor der Entmachtung. Wo bleibt der Aufschrei der Wirtschaftspolitiker?

In einer intellektuellen Nacht- und Nebelaktion wurde das Konstrukt Morbi-RSA auf der Basis von 50 bis 80 Krankheitsarten geboren. Umverteilung erfolgt unberechenbar und damit nach Gutsherrenart! Feudaler geht es im Berliner Repräsentationsviertel nicht mehr. Diese politische „Sturzgeburt“ führt in die mathematisch-statistische und damit ökonomische Willkür.

Noch im Frühjahr diesen Jahres beschäftigten wir uns mit der Frage: „Wer gewinnt im Reformspiel Morbi-RSA „außer den technokratischen Konstrukteuren infinitesimaler Gerechtigkeitsmodelle“? Bleibt Berlin auch viele Antworten rationaler Gesundheitspolitik schuldig? Diese Frage

haben die Koalitionäre eindeutig beantwortet: Sie selbst! Und ist die Konstruktion auch noch so schlecht, sofern sie das politische Überleben sichert, ist sie hoffähig.

Ein staatliches Gesundheitssystem macht Alle zu Verlierern, nicht nur die Versicherten, auch die Leistungserbringer, die sich noch in Teilen auf der Siegerseite wähnen.

Zeigt die gleichgeschaltete Rentenversicherung nicht deutlich, was von einer staatlich fixierten Beitragssatzpolitik zu halten ist? Sind die desaströsen Verwaltungs- und Vermittlungsergebnisse der Bundesagentur für Arbeit nicht Mahnung genug? Wer will dem Versicherten vermitteln, das Monopol- bzw. Kartellstrukturen wirklich ihnen zugute kommen? In allen Branchen mit solchen Strukturen lässt sich unisono eines feststellen: Hier funktioniert Wirtschafts- und Vertragsfreiheit fast immer durch Abschluss von Verträgen zu Lasten Dritter, also zu Lasten der Konsumenten bzw. der Versicherten.

Das eigentliche Problem der Gesundheitspolitik ist völlig aus dem Blickfeld verschwunden. Durch das Zusammenspiel von steigender Rentnerquote, medizinisch-technischem Fortschritt - den wir alle wollen! - und last but not least der zunehmenden Umgehung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, erodiert die Finanzierungsseite. Weder politische Mätzchen noch Scheinlösungen sind gefragt. Gefragt ist der Mut der Politiker, politisch transportierbare Antworten auf die Frage zu finden: Wie viel Gesundheitsausgaben wollen wir uns zukünftig solidarisch leisten und wie können/sollen diese Mittel jenseits der Lohneinkommen aufgebracht werden.

Hätte die Redaktion in diesem Kontext einen Wunsch frei, würde er lauten: Weniger Kleinmut, dafür mehr Mut zu echten Lösungen.

Heinz Debold

